

Übersichten

Außenpolitik

* (1) Spanien Ministerpräsident in der VRCh

Zu einem "kurzen, aber erfolgreichen" Besuch kam vom 10. bis 13. Februar 1993 der spanische Ministerpräsident nach China. (XNA, 14.2.93) Drei Gründe waren für die Visite maßgebend, nämlich (1) das 20jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Seiten, (2) ein chinesisch-spanisches Handelsseminar, das am 11. Februar zu Ende ging, und (3) das verstärkte Interesse der spanischen Wirtschaft an Beziehungen mit der Volksrepublik.

Ministerpräsident Li Peng benutzte den Anlaß der Visite seines spanischen Amtskollegen, um erneut darauf hinzuweisen, daß China in Zukunft noch mehr Bereiche für ausländische Investitionen öffnen wolle und Kooperationsprojekte jeder Größe begrüße. Auch solle das chinesische Außenwirtschaftsrecht noch weiter ausgebaut, transparenter gemacht und marktwirtschaftlichen Bedingungen angepaßt werden: In Zukunft solle es beispielsweise keine Lizenzen, sondern nur noch Zollregelungen geben.

Spanien hat sich gegenüber China durchaus großzügig gezeigt und beispielsweise 1991 und 1992 Regierungskredite im Werte von 450 Mio. US\$ gewährt. Seit 1985 hat China insgesamt 1,5 Mrd. US\$ an Krediten von Spanien erhalten und damit, wie Li Peng betonte, über 100 Chemie-, Stahl- und Kommunikationsprojekte finanziert.

Spanien unterstützt den Beitritt Chinas zum GATT und setzt sich auch für dessen Bewerbung um die Olympischen Spiele i.J. 2000 ein.

In Begleitung von Gonzales waren 130 spanische Unternehmer mit nach China gekommen. (XNA, 8., 12. und 13.2.93) -we-

* (2) Beziehungen zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion

China hat zwar i.J. 1992 bereits eindrucksvolle Fortschritte bei der Begründung diplomatischer Beziehungen im Verhältnis zu den GUS-Staaten erungen und in diesem Jahr mit nicht weniger als 15 Staaten - den meisten darunter GUS-Ländern - diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Gleichwohl gilt es, noch konkretere Abmachungen mit diesen neuen Ländern zu treffen.

Als eine Art Modell mag dazu die Gestaltung der Beziehungen zwischen China und Weißrußland dienen, wie sie im Januar 1993 vereinbart wurde. In diesem Zusammenhang kam es zur Unterzeichnung einer "Gemeinsamen Erklärung" und von zusätzlichen sechs Abkommen im Januar 1993. (XNA nach SWB, 13.1.93) Folgende elf Punkte werden in der "Erklärung" vom 12. Januar 1993 angesprochen: (1) die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Grundlage der beiderseitigen Außenpolitik, (2) regelmäßige Konsultationen, (3) Ausdehnung und Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen, (4) Gewährung des Meistbegünstigungsstatus, Zusammenarbeit bei Investitionen und bei der Errichtung von Joint Ventures sowie bei der Entwicklung von Kontakten zwischen den Regionen der beiden Länder, (5) Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft, der Erziehung, des Sports und des Tourismus sowie des Kommunikations- und Gesundheitswesens, (6) Kooperation im Umweltschutz. In diesem Zusammenhang dankte Weißrußland auch der VR China für die Hilfe, die chinesische Experten im Zusammenhang mit dem Tschernobyl-Zwischenfall geleistet hätten. (7) Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung, vor allem auch beim Kampf gegen Drogenhandel und Schmuggel, (8) Taiwan-Klausel: Nur

die VR China vertritt das chinesische Volk. (9) Beide Seiten wollen in Friedens- und Stabilitätsfragen zusammenarbeiten. (10) Orientierung der gemeinsamen Außenpolitik an der UNO, (11) Versicherung, daß jede Seite das Recht habe, ihr eigenes soziales System und ihren eigenen Entwicklungsweg zu entwerfen.

Bereits einen Tag vorher, nämlich am 11. Januar, waren von beiden Seiten sechs Dokumente unterzeichnet worden, nämlich (1) ein Abkommen über die beiderseitige Zusammenarbeit im Zivil- und Strafrechtswesen, (2) ein Konsularvertrag, (3) ein Abkommen über Visafragen, (4) ein Protokoll für politische Konsultationen zwischen den beiden Außenministerien, (5) ein Investitionsförderungsabkommen und (6) ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Umwandlung von Militär- in Zivilgüter. -we-

* (3) Afrika aus chinesischer Sicht

Im Januar unternahm Außenminister Qian Qichen eine Besuchsreise durch sechs afrikanische Länder. (Dazu C.a., Januar 1993, Ü 12)

Trotz all seiner Probleme hat sich der Kontinent Afrika für die Außenpolitik der VR China immer wieder als nützlich erwiesen, sei es nun bei der jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit der inzwischen untergegangenen UdSSR, die zwischen 1968 und 1985 als Hauptgegner galt, sei es im Anschluß an das Tiananmen-Massaker, in dessen Gefolge China ohne seine "alten Freunde" in Afrika (aber auch die "Freunde" in anderen Teilen der Dritten Welt) ziemlich isoliert dagestanden hätte!

Die Erfahrung zeigt also, daß sich "freundschaftliche Beziehungen" zu den afrikanischen Ländern für China bisher noch allemal "ausgezahlt" haben und daß man sich Afrika deshalb auch in Zukunft für alle Fälle "warmhält", auch wenn der Kontinent sich derzeit in einer tiefen Krise befindet.

Nach Meinung von Außenminister Qian Qichen, der seit seinem Amtsantritt als Außenminister nach eigenen Angaben bereits 25 afrikanische Länder besucht hat, gibt es "zur Zeit zwei Tendenzen in der Welt, nämlich ent-

weder die Vernachlässigung Afrikas ('Afrika ist unwichtig') oder aber die Einmischung in afrikanische Angelegenheiten". (XNA, 9.2.93) Diese "beiden Tendenzen" hätten entweder wirtschaftliche Schwierigkeiten oder aber politische Turbulenzen in Afrika hervorgerufen.

Zwar habe sich in den letzten 30 Jahren auf dem Kontinent vieles zum Guten hin entwickelt: entstanden seien beispielsweise viele Schulen und Universitäten, und nicht zuletzt habe sich auch die durchschnittliche Lebenserwartung der Afrikaner merklich erhöht.

Gleichzeitig hätten jedoch auch die Krisen zugenommen: so befand sich 1992 nahezu ein Drittel der über 50 afrikanischen Staaten im Bürgerkrieg oder in bewaffneten gegenseitigen Konflikten. Ein gewaltiger Strom von Flüchtlingen ergebe sich über Afrika selbst und ins Ausland, und überdies hätten sich die Stammeskonflikte vermehrt.

Aus diesem Grunde auch sei die Wachstumsrate der afrikanischen Wirtschaft 1992 auf 1,9% gesunken - die niedrigste Rate seit vielen Jahren. Unter dem Existenzminimum lebten bereits 204 Millionen Afrikaner - etwa ein Drittel der kontinentalen Gesamtbevölkerung. Diese Lage werde noch verschlimmert durch zahlreiche Naturkatastrophen. 1992 seien zahlreiche süd- und ostafrikanische Länder von schwerer Dürre betroffen worden, und außerdem sei der Getreideertrag um 60% zurückgegangen.

Neue Wege seien nach alledem dringend erforderlich. Auf der 28. Konferenz der OAU im Mai 1992 hätten sich führende Persönlichkeiten von 80 Regierungs- und Oppositionsparteien aus 46 afrikanischen Ländern darauf verständigt, die Konflikte beizulegen und dadurch die Stabilität zu festigen.

Afrika müsse sich zwar in erster Linie allein von seinen Problemen befreien, doch hätten andere Länder, vor allem die wohlhabenden nördlichen Staaten, ebenfalls eine Pflicht, ihren Beitrag zu leisten. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die anhaltend sinkenden Rohstoffpreise und an die nach wie vor bedrückenden Auslandsschulden der meisten afrikanischen Länder.

Darüber hinaus müßten in einer Art Süd-Süd-Zusammenarbeit auch die einzelnen Staaten des Kontinents stärker kooperieren und ihren gegenseitigen Handel ausdehnen.

Schon Mitte Juni 1990 hatte die Ständige Kommission der OAU einen Plan zur Gründung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft entworfen und außerdem Vorschläge für Wirtschaftsreformen in den einzelnen Ländern ausgearbeitet. Afrika möge auf diesem Wege fortfahren.

Was China anbelangt, so hilft es in bescheidenem Umfang: Es unterstützt einige Länder beispielsweise bei der Verbesserung ihres Eisenbahnwesens (gegenüber Botswana vgl. XNA, 7.2.93), leistet hier und dort Hungerhilfe (so z.B. gegenüber Mozambique im Februar 1993 mit einer Stiftung von Gütern im Werte von 170.000 US\$, XNA, 16.2.93), unterstützt Länder bei der Zusammenarbeit (zur "Dreiecks-Kooperation" zwischen China, Sambia und Tansania vgl. XNA, 10.12.92), gewährt Hilfe an Flüchtlinge (zu einer Pharmaziestiftung in Höhe von 720.000 US\$ vgl. XNA, 1.12.92), sucht zwischen verfeindeten Parteien zu vermitteln (zu den Friedensstiftungsversuchen in Somalia vgl. XNA, 19.3.92) und hat im Laufe der Zeit vor allem zahlreiche Prestigeobjekte wie Konferenzhallen und Sportstadien gebaut. Hierbei ist viel Symbolik im Spiel!

Auf der anderen Seite hat China nicht immer nur seine reine Freude mit Afrika.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Zwischenfall von Nanjing am 24. Dezember 1988, als es zwischen chinesischen und afrikanischen Studenten zu schweren Ausschreitungen kam, wobei Anschuldigungen gegen die angebliche Belästigung von Frauen durch Schwarze vorgebracht wurden. Nichts konnte der chinesischen Führung (und Propaganda) peinlicher sein als "Rassismus"-Vorwürfe dieser Art! (Einzelheiten dazu in: BRu 1989, Nr.4, S.4-6)

Daneben gibt es Ärger mit afrikanischen Staaten, die zu Taiwan überschwanken und mit der Republik China diplomatische Beziehungen aufnehmen, so z.B. Zentralafrika und - Ende Juli 1992 - auch Niger.

Ein dunkles Kapitel in den chinesisch-afrikanischen Beziehungen sind chinesische Waffenlieferungen, u.a. beispielsweise in den Sudan. (Dazu Bericht der FAZ, 21.3.92) -we-

Innenpolitik

*(4)

Provinzparlamente von Guizhou und Zhejiang demonstrierten Eigenständigkeit gegenüber der Zentrale

Die Abgeordneten der Volkskongresse in den Provinzen Guizhou und Zhejiang haben auf den konstituierenden Tagungen der beiden neugewählten Provinzparlamente eine bisher nicht gekannte Eigenständigkeit gegenüber der KPCh-Parteizentrale in Beijing demonstriert: Sie wählten mit Chen Shineng (geb. 1938) bzw. Wan Xueyuan (geb. 1940) Politiker zu Gouverneuren, die von der Parteizentrale nicht für diesen Posten nominiert worden waren. Die Beijinger Führung hatte vielmehr eine jeweils zweite Amtszeit von Wang Chaowen (geb. 1930) bzw. Ge Hongsheng (geb. 1931) in Guizhou bzw. Zhejiang vorgesehen und deshalb beide Politiker auch ins neue XIV. Zentralkomitee wählen lassen. (SCMP, 17.2.93; *Ming Bao*, 14.2.93, in SWB, 18.2.93)

Da Chen Shineng und Wan Xueyuan von der KPCh-Führung ursprünglich nicht für ein Gouverneursamt vorgesehen worden waren, gelangten sie auf dem XIV. Parteitag im Oktober 1992 auch nicht in das Zentralkomitee der KPCh, denn normalerweise sind die Provinzen im ZK durch den ProvinzparteiSekretär und den Gouverneur vertreten. Darüber hinaus sind Chen und Wan noch nicht einmal Mitglied im Ständigen Ausschuss des Provinzpartei-Komitees von Guizhou bzw. Zhejiang - bisher eine der unabdingbaren Voraussetzungen, um den Gouverneursposten einnehmen zu können.

Bevor Chen Shineng im Juli 1991 nach Guizhou als stellvertretender Gouverneur versetzt wurde, war er als stellvertretender Minister für Leichtindustrie in Beijing tätig gewesen. Nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 soll Chen wegen